

„WIR SIND KEINE ICHLINGE“

Der Neoliberalismus ist tot, sagt der Soziologe Heinz Bude. Denn seit Corona wissen wir: Es geht nur gemeinsam

Interview: Tilman Gerwien

Herr Professor Bude, erleben wir mit der Corona-Krise einen Epochenbruch, eine Zeitenwende?

Ja, definitiv. Es handelt sich um eine Zäsur, die breiter und tiefer sein wird, als wir das jetzt im Augenblick erfassen können. Diese Erfahrung von Bedrohung und Schutzlosigkeit wird in unserer aller Gedächtnis bleiben und nicht wieder verschwinden.

Das heißt: Wenn alles vorbei ist, wird die Welt nicht mehr so sein, wie sie vorher war?

Nicht in dem Sinne, dass man auf die Straße tritt und denkt: „Oh, es ist alles anders geworden!“ Aber unser Daseinempfinden, die Art und Weise, wie wir in der Welt leben, und welchen Blick wir auf sie haben – all das wird nicht mehr so sein, wie es einmal war. Die Pandemie hat uns die Verletzlichkeit unserer modernen, global vernetzten Lebensform vor Augen geführt – ein kollektives Trauma? Die eigentliche Erschütterung wirkt auf einer noch tieferen Ebene: Wir erleben die Verwundbarkeit unseres Selbst. Wir erleben das Scheitern einer Idee, die jahrelang propagiert wurde und an die die meisten von uns geglaubt haben: die Idee des starken Ichs. Unser ganzes Denken von Gesellschaft kreiste immer um das Individuum, das sich mit Kompetenzen und Rechten ausstattet, das widerstandsfähig ist gegen Krisen, seine Besonderheiten inszeniert und so seine „splendid isolation“ feiern kann: Großartigkeit in der Vereinzelung. Das alles fällt jetzt in sich zusammen.

Warum?

Weil wir merken, wie sehr wir auf die anderen angewiesen sind – auch indem sie in einer paradoxen Art des Schutzes gerade keinen Kontakt zu uns suchen. Aber ist das ein Trauma? Es geht auch um das Abschütteln eines hochgezüchteten, letztlich neoliberalen Bildes von uns selbst, von dem sich viele fragen: Warum haben wir das 30 oder 40 Jahre so hochgehalten und so brav mitgemacht?

Das Virus kann am Ende auch eine befreiende Wirkung haben?

Ja, die Pandemie ist der furchtbare Schlussstrich unter eine Periode von 40 Jahren Gesellschaftsgeschichte. Sie hatte die Überschrift der Erweiterung und Zunahme von Freiheit. Das begann in den späten 1970er und frühen 80er Jahren mit den radikal liberalen Entwürfen von Thatcher und Reagan. Aber schon die Wahl von Donald Trump zeigte: Das Thema ist für viele nicht mehr Freiheit, sondern „protection“, also Schutz. Dazu: „take back control“, Wiedergewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit. Und jetzt merken wir, dass man diese Themen nicht mehr einfach wegdrücken kann, indem man sagt: Das ist etwas für die Rechten, die Populisten, das interessiert uns alles nicht. Nein, die große Erzählung des Neoliberalismus, die Gesellschaftsvergessenheit, die Staatsphobie, die Vorstellung, dass meine Welt das Ergebnis meiner Wahlen sei, kommt einem wie eine Selbsttäuschung vor. Die Frage, wie wir die Liberalisierungsfortschritte der letzten Jahrzehnte mit dem neuen Bedürfnis nach Schutz zusam-

menbringen können, wird die große Herausforderung sein, wenn wir mit Corona irgendwann durch sind.

Bei uns haben FDP und Grüne die umfassende Liberalisierung am stärksten propagiert: die FDP wirtschaftlich, die Grünen kulturell. Wenn die liberale Erzählung jetzt in sich zusammenfällt, müssten beide große Probleme bekommen.

Das erwarte ich. Noch vor Kurzem sah es so aus, als ob der zentrale kulturelle Konflikt zwischen Afd und Grünen ausgetragen werden würde. Und die traditionellen Volksparteien schauten von den Rängen zu, wie's ausgeht. Die Grünen waren für die Lockerheit im Verhalten und für den Ernst des Gewissens zuständig, die Afd für Groll und Missmut. Aber die Konfliktlinien haben sich fundamental verschoben. Wir erleben in der Krise eine Renaissance der Volksparteien. Es wächst die Einsicht: Wir brauchen eben doch Parteien, die im vorpolitischen Raum Konzepte austesten, unterschiedliche Interessen zusammenbringen und nicht Ein-Themen-Ansätze verfolgen wie die Afd mit dem Migrations- und die Grünen mit dem Klimathema. Zusammenhalt organisieren, statt Kulturkämpfe anzuzetteln, das wird uns als das große Thema im nächsten Jahrzehnt beschäftigen.

Die aggressivsten Kampagnen gegen Neoliberalismus und Globalisierung kamen zuletzt aus den Reihen des Rechtspopulismus. Aber es sieht nicht so aus, als könnte die Afd von der Corona-Krise profitieren. Warum?

Die Afd hat immer von der Konfrontation mit dem aus ihrer Sicht tonangebenden linksliberalen „Mainstream“ gelebt. Aber wenn 98 Prozent der Bevölkerung einer Stillstellung des öffentlichen Lebens zustimmen, funktioniert diese Frontstellung nicht mehr. Viele sind froh, dass es umsichtige, handlungsstarke Politiker wie einen Markus Söder gibt. Der Rechtspopulismus entpuppt sich plötzlich als frivoler Exzess unter Führung von autoritären Rebellen und halbseidenen Glücksrittern.

Gibt es eine neue Wertschätzung für die zuweilen etwas spröde wirkenden Politiker der bürgerlichen Mitte, die aber ihr Handwerk verstehen?

Mehr noch: Es findet sogar eine untergründige Verschiebung unseres gesamten politischen Denkens statt. Die Kräfte links und rechts der Mitte haben ein gewisses Pathos der Zivilgesellschaft miteinander geteilt. Die Grünen mit ihrer Verwurzelung in der bunten Welt der Friedens-, Frauen- und Umweltinitiativen, die Afd mit ihrer Rhetorik von: „Wir sind das eigentliche Volk und holen uns unser Land zurück.“ Das wird abgelöst durch neue Hochachtung und Respekt vor Staatlichkeit und ihren Institutionen. Corona lehrt uns: Gesellschaft kann sich nicht ausschließlich aus sich selbst organisieren. Ohne einen starken, funktionierenden Staat geht es nicht.

Aber der Staat als Ordnungsmacht war immer der Gegenspieler des Neoliberalismus, der auf Entgrenzung und eine gewisse hedonistische Selbstverwirklichung setzte.

Genau, und das ist der Grund, warum es mit der Erzählung vom Neoliberalismus vorbei ist. Jetzt plötzlich sind wir angewiesen auf eine funktionierende Polizei, die Kontaktverbote durchsetzt, eine reibungslos arbeitende Bürokratie, die Müllabfuhr, ein funktionierendes Gesundheitssystem, die Steuermilliarden aus den Hilfsprogrammen. Ich bin weit davon entfernt, irgendein USA-Bashing zu machen. Aber wir erleben doch jetzt in den USA, wie ein „failed

state“ aussieht, ein zusammenbrechendes Gemeinwesen also, das die Schutzversprechen, die Trump einst gegeben hat, gar nicht einlösen kann. Die liberale Erzählung war immer auch eine Erzählung gegen den Staat: „Bürgerrechte“ als Abwehrrechte gegen den Staat, der die freie Entfaltung des Individuums nicht behindern soll. Aber jetzt wird der Staat nicht als Bedrohung für die Einzelnen erlebt, sondern als Schutzmacht für alle. Und dieses Schutzversprechen ist eben auch ein Bürgerrecht!

Wird es jetzt eine Tendenz zur „De-Globalisierung“ geben, zum Rückzug auf überschaubare regionale oder allenfalls nationalstaatliche Räume?

Wir werden schon von der ökonomischen Ratio her neu über eine Beschränkung von Handlungsräumen nachdenken müssen. Es geht um belastbare Lieferketten, lokale Flexibilitäten, die Verringerung von Abhängigkeiten in einem System, das durch hochgradige Arbeitsteilung und internationale Vernetzung gekennzeichnet ist. Wir erleben jetzt: Der Kollaps ist möglich.

Hat Corona unseren Blick auf die Globalisierung verändert?

Mit Sicherheit. Die Tendenz zur De-Globalisierung war ja schon vorher spürbar. Die „Millennials“, also die Generation, die heute im Alter zwischen Mitte 20 und 40 ist, hat als großes Thema den Wunsch nach überblickbareren Lebenskreisen. Es geht ihr um Bindung, Erbe, Gemeinschaft.

Das heißt: Der aufgeklärte Kosmopolitismus der Vor-Corona-Ära wird nun abgelöst durch eine neue, etwas miefig-pro-vinzielle Biedermeierlichkeit?

Das ist mir zu negativ! Die katholische Soziallehre spricht von den „kleinen Lebenskreisen“, die der menschlichen Natur angemessen seien. Das wirkt wieder sehr aktuell. Die Menschen suchen nach kleinteiligen Lebensformen und überschaubaren Solidaritätsräumen, die Schutz bieten, ohne dass man sich verkapselt. Es geht um Bindung, die mit ihren Qualitäten aber auch neue Freiheiten eröffnet – also lebenspraktische Dialektik. Der Begriff der Solidarität erlebt in der Krise, in der wir jetzt leben, eine große Renaissance!

„IN DER BEDROHUNG ENTSTEHT EINE NEUE GLEICHRANGIGKEIT“

Solidarität – das ist ein schönes, aber auch etwas verstaubt wirkendes Wort. Man denkt an Karl Marx und die Kämpfe der Arbeiterbewegung. Warum sagen Sie nicht einfach „Hilfsbereitschaft“?

Weil es um mehr geht als nur um temporäre Hilfsbereitschaft. Es geht aber auch um etwas anderes als die Solidarität des 19. oder 20. Jahrhunderts, für die Kampferfahrungen von Großgruppen maßgeblich waren, basierend auf gemeinsamer Erfahrung von Unterdrückung und Ausbeutung. Solidarität bedeutete: vom Staat organisierter Nachteilsausgleich in einer kapitalistischen Gesellschaft. Die Renaissance des Begriffs entspringt jetzt aber aus dem Gefühl allgemeiner Verwundbarkeit. Das ist etwas fundamental anderes. Das Virus hat eine egalitäre Komponente, es kann jeden treffen, vor Corona kann sich niemand allein retten.

Was bedeutet das?

Es entsteht eine neue Gleichrangigkeit in der Bedrohung. Wir stehen uns gleichsam auf Augenhöhe gegenüber. Jede einzelne Person erfährt jetzt, dass sie auf andere angewiesen ist.

Deshalb wird die Solidarität der Zukunft nicht von der Gruppe ausgehen, sie muss gleichsam durch das Nadelöhr des Ichs hindurch. Das heißt: Ja, ich kann mich auch entscheiden, unsolidarisch zu sein oder als Trittbrettfahrer durchzukommen. Es ist vielleicht sogar rational, unsolidarisch zu sein: Wenn alle daheim bleiben, kann ich ja auf den Putz hauen und Party machen. Aber tun die Menschen das? Nein, bis auf wenige Ausnahmen tun sie es nicht! Wir sind eben keine Gesellschaft der Ichlinge! Auf diese Wiederentdeckung der Gesellschaft können wir auch in der Zeit nach Corona bauen. Momentan leben wir aber im Zustand des „Shut-down“, des erzwungenen Runterfahrens des gesamten öffentlichen Lebens. Kann diese kollektive Entschleunigung uns vielleicht auch ganz guttun?

Sicher empfinden viele Menschen das jetzt erst mal als wohltuend, vielleicht sogar als befreiend. Die ewige Hetze, die vielen Reisen, die schmalen Zeitbudgets, die noch für Partner oder Kinder bleiben: All das hat jetzt erst mal vorläufig ein Ende. Aber darunter steckt auch eine große Anspannung. Millionen Menschen sind mit dieser neuen, ungewohnten Intimität einer ungeheuren „Pressure-Situation“ ausgesetzt:

Der Druck steigt, täglich.

Mit welchen Folgen?

Denken Sie an die Familien mit ihren Kindern, die nicht mehr zur Schule oder in die Kita können, auch die Älteren, die vielleicht nur noch über digitale Geräte mit ihren Enkeln in Kontakt bleiben können. Ich rechne damit, dass die Isolationsmüdigkeit schon bald massiv zunehmen und uns noch sehr beschäftigen wird. Das wird eines der ganz großen sozialen Steuerungsprobleme, spätestens nach Ostern.